

**SPD**

**„Leben, arbeiten, lernen, wohnen ...  
in Bremen und Bremerhaven“**

**Regierungsprogramm 2015-2019**

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 in der Stadthalle Bremerhaven.



# Inhalt

Vorwort des Vorsitzenden:

„Miteinander – leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven.....	5
1 Wirtschaft: Bremen(s) Stärken! .....	9
1.1 Zwei Städte – ein Standort mit Profil.....	9
1.2 Innovation made in Bremen .....	10
1.3 Entwicklung braucht Gewerbeflächen .....	11
1.4 Wirtschaftsförderung muss sich rechnen – für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und die Beschäftigten .....	11
1.5 Einzelhandel heißt gemeinsam handeln!.....	12
1.6 Bremen & Bremerhaven: Mehr als eine Reise wert.....	12
1.7 Die Häfen: Offene Tore zur Welt .....	13
1.8 Verbraucherschutz .....	15
2 Gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven.....	16
2.1 Ausbildungsgarantie – ein Recht auf Zukunft .....	16
2.2 Ausbildung fördern – neue Wege ermöglichen .....	16
2.3 Nach dem Abschluss und im Beruf: Weiterbildung! .....	17
2.4 Arbeitsmarktförderung soll echte Chancen bieten .....	17
2.5 Fachkräfte sichern und gewinnen .....	18
2.6 Zugang zum Arbeitsmarkt – für alle! .....	18
2.7 Arbeitsmarktpolitik & Wirtschaftsförderung .....	19
2.8 Gute Arbeit braucht Unterstützung und klare Regeln .....	19
2.9 Arbeit hat Grenzen .....	20
2.10 Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung bekämpfen .....	20
2.11 Gute Arbeit: Wer Rechte hat, muss sie auch kennen .....	21
2.12 Arbeitnehmerrechte sind keine Glaubensfrage! .....	21
3 Gute Bildung für alle.....	21
3.1 Schule besser machen: Qualitätssicherung und -entwicklung.....	22
3.2 Inhalte und Profile statt Konkurrenz.....	22
3.3 Ganztagschule: Mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen.....	23
3.4 Sprache bedeutet Teilhabe.....	23
3.5 Dazugehören? In Bremen inklusive! .....	24
3.6 Medienbildung in der Schule .....	24
3.7 Berufliche (Weiter-)Bildung stärken.....	25
3.8 Lebenslanges Lernen – Weiterbildung stärken.....	25
3.9 Gute Bildung ist nicht kostenlos.....	26

4	Wissen schaffen! .....	26
4.1	Die Wissenschaftslandschaft gestalten.....	27
4.2	Von den Hochschulen in die Praxis .....	28
4.3	Gute Lehre & Bildungsgerechtigkeit .....	28
5	Für eine solidarische Gesellschaft .....	29
5.1	Wir investieren in Zukunft – in unsere Kinder .....	30
5.2	Bildung von Anfang an .....	30
5.3	Für ein menschenwürdiges Existenzminimum und soziale Grundsicherung .....	31
5.4	Stadtteilgerecht und sozialraumorientiert.....	31
5.5	Integration: Wer bei uns lebt, gehört zu uns! .....	32
5.6	Für eine gerechte Gesundheitspolitik .....	33
6	Gleichberechtigt! Miteinander! .....	34
6.1	Frauen fördern!.....	34
6.2	Auch Kindern und Jugendlichen gehört die Stadt .....	36
6.3	Teilhabe für ältere Menschen .....	37
6.4	Schwul, lesbisch, transgender – na und? .....	37
6.5	Rechte von behinderten Menschen umsetzen! .....	38
7	Sport: Bremen in Bewegung.....	39
7.1	Begeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken.....	39
7.2	Sport: gesundheitsfördernd – und förderungswürdig.....	39
7.3	Inklusion im Sport .....	40
7.4	Leistungssport und große Sportveranstaltungen.....	40
7.5	Für eine attraktive Bäderlandschaft.....	40
8	Kultur und Kunst .....	40
8.1	Aktive Kulturförderung & Vernetzung .....	41
8.2	Kulturelle Bildung wirkt – vor allem auch integrativ .....	42
8.3	Niederdeutsch ist Bremisch .....	42
9	Unsere Städte entwickeln – Bauen und Wohnen .....	43
9.1	Wohnen darf kein Luxus sein! .....	43
9.2	Bremen wächst.....	44
9.3	Wohnraum schaffen – Beteiligung ermöglichen.....	44
9.4	Bremens Zentren entwickeln!.....	45
9.5	Soziale Stadtteilentwicklung .....	45
10	Lebensqualität sichern – Lebensgrundlagen schützen: Umwelt und Klimaschutz.....	46
10.1	Klima- und Umweltpolitik.....	46
10.2	Das Grün in die Städte holen und für Pflege sorgen! .....	46
10.3	Die Energiewende gestalten .....	47

11	Für eine Verkehrspolitik, die (Interessen) verbindet.....	47
11.1	Busse und Bahnen: Bezahlbare Mobilität ermöglichen .....	48
11.2	Neue, bessere Verbindungen .....	48
11.3	Per Pedes und per Rad.....	49
11.4	Wirtschaft und Verkehr .....	49
11.5	Lärm ist kein Luxusproblem .....	50
12	Demokratie stärken .....	50
12.1	Bürgerbeteiligung aus und als Prinzip .....	50
12.2	Auch junge Menschen sollen mitmischen.....	51
12.3	Die Bürgerschaft.....	52
12.4	Demokratie vor Ort: die Beiräte.....	52
12.5	Unbezahlt und unbezahlbar: das Ehrenamt .....	53
13	Sicher leben in Bremen und Bremerhaven.....	53
13.1	Bürgernahe Polizeiarbeit .....	54
13.2	Für eine leistungsfähige Polizei .....	54
13.3	Schutz vor und Ahndung von Übergriffen.....	54
13.4	Kriminalität entschlossen bekämpfen .....	55
13.5	Klare Kante gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug .....	55
13.6	Konsequenter Kampf gegen Rechtsextremismus .....	56
13.7	Bürgerservice und öffentliche Ordnung .....	56
13.8	Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz .....	57
14	Justiz & Recht .....	58
14.1	Für ein bürgerfreundliches, leistungsfähiges Rechtssystem .....	58
14.2	Für einen humanen Strafvollzug .....	58
15	Medien & Netzpolitik.....	59
15.1	Medienkompetenz .....	59
15.2	Unser Sender: Radio Bremen .....	59
15.3	Landesmedienanstalt & Bürgerrundfunk.....	60
15.4	Teilhabe – auch digital.....	60
15.5	Datenschutz braucht klare Standards.....	61
16	Bremen in Europa – Bremen in der Welt.....	61
17	Finanzielle Grundlagen des Stadtstaates sichern .....	62
17.1	Eigenanstrengungen intensivieren .....	63
17.2	Personal zielgerichtet einsetzen – angemessene Bezahlung sicherstellen .....	63
17.3	Bund-Länder-Finzen reformieren.....	64

zu einer höheren CO<sub>2</sub>-Effizienz führen soll und ambitionierte Zielmarken für ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum und kontrollierte Ressourcenverbräuche setzt.

## **1.8 Verbraucherschutz**

Eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft muss die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten und der Abnehmerinnen und Abnehmer im Blick haben. Unsere Politik ist dabei im besten Sinne tatsächlich parteiisch – auf der Seite der Verbraucher.

Gerade auch bei neuen Produkten, Technologien und Entwicklungen machen wir uns dafür stark, die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten systematisch mit einzubeziehen sowie mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit zu prüfen.

Als einen Schritt auf diesem Weg haben wir in Bremen in der vergangenen Legislaturperiode eine Verbraucherschutzklausel eingeführt: Alle Gesetzes- und Verordnungsentwürfe werden seither systematisch auf ihre Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher geprüft. Diese Regelung wollen wir fortsetzen, auf ihre Wirksamkeit untersuchen, gegebenenfalls verbessern und uns auch auf Bundesebene für die Einführung einer solchen Klausel stark machen.

Insbesondere in den Bereichen Lebensmittel und Ernährung, Kommunikation, Verbraucherrecht und Finanzen leistet die Verbraucherzentrale Bremen eine wichtige Arbeit für Verbraucherinnen und Verbraucher. Ihr Beratungsangebot ist für uns unverzichtbar.

Jede Konsumentin und jeder Konsument muss in die Lage versetzt werden, sich überhaupt für oder gegen ein Produkt entscheiden zu können.

Große Defizite sehen wir dabei etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen, die oftmals komplex und undurchsichtig gestaltet sind. Um für Aufklärung zu sorgen, haben wir die Finanzberatung der Verbraucherzentrale in der Vergangenheit besonders unterstützt und werden dies auch weiterhin tun. Denn wir wollen eine kompetente, unabhängige Beratung, damit sich die Menschen im Dickicht der Finanzdienstleistungen zurechtfinden und seriöse von unseriösen Angeboten unterscheiden können. Darüber hinaus machen wir uns weiterhin für klare Regelungen bei Konto-Überziehungszinsen stark: Es kann nicht sein, dass die Banken den Dispozinssatz bislang quasi frei bestimmen – und in die Höhe treiben können. Wo der Markt, wie in diesem Fall, versagt, müssen gesetzliche Regelungen für eine Deckelung sorgen.

Klar ist: Wir werden die Arbeit der Verbraucherzentrale daher weiter finanziell absichern und zudem die Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherorganisationen, wie etwa der Schuldner- oder Energieberatung, stärken. Darüber hinaus werden wir die Verbraucherzentrale dabei unterstützen, ihre Strukturen auf neue Herausforderungen und weitere Zielgruppen einzustellen: Wir werden die Verbraucherzentrale daher dabei unterstützen, auch Migrantinnen und Migranten sowie ältere und junge Menschen sowie Menschen mit Behinderung besser zu erreichen.

Wir wollen, dass das auf Bundesebene von der SPD und im schwarz-roten Koalitionsvertrag beschlossene Marktwächter-Konzept konsequent umgesetzt wird: Damit die Verbraucherzentralen in diesem Sinne als „Marktwächter“ fungieren, unlautere Praktiken aufspüren und an die Aufsichtsbehörden melden können, muss eine ausreichende Finanzierung dieser Arbeit durch den Bund sichergestellt werden. Gerade in den für Konsumentinnen und Konsumenten schwer überblickbaren Bereichen Finanzen und für die „digitale Welt“ wird ein derartiges Frühwarnsystem für kollektiv auftretende Verbraucherprobleme dringend benötigt.